

**Wahlprogramm** der Partei DIE LINKE  
für die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt  
am 20. März 2011

**1. Entwurf**  
der Arbeitsgruppe Wahlprogramm  
des Landesvorstandes

1 **Liebe Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts,**

2  
3 am 20. März 2011 sind Sie aufgerufen, den Landtag unseres Bundeslandes neu zu wählen.  
4 In den vergangenen Jahren haben immer weniger Menschen von ihrem Wahlrecht  
5 Gebrauch gemacht. 2006 waren es gerade noch 45 Prozent, die ihre Stimme abgaben.  
6 Diese Entwicklung sehen wir mit Sorge, die Gründe dafür sind sicher vielfältig. Vor allem ist  
7 die Skepsis gegenüber den politischen Parteien und den demokratischen Strukturen  
8 gewachsen. Gleichzeitig engagieren sich viele ehrenamtlich in Vereinen und Initiativen,  
9 leisten sozial und kulturell wichtige Arbeit, bringen sich ein in lokale und regionale  
10 Aktionen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz. Zahlreiche Existenzgründungen der  
11 letzten Jahre haben Innovationen hervorgebracht und Arbeitsplätze geschaffen.  
12 Hunderttausende Beschäftigte im Öffentlichen Dienst, in den großen und vielen kleinen  
13 Unternehmen erarbeiten tagtäglich die wirtschaftliche und finanzielle Basis für unser  
14 Gemeinwesen. Viele andere warten jedoch teils seit Jahren auf eine Chance auf dem  
15 Arbeitsmarkt und damit auf wirkliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

16  
17 Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns allen dramatisch vor Augen geführt,  
18 was geschieht, wenn nicht mehr die demokratischen Institutionen über unsere  
19 gemeinsame Zukunft entscheiden, sondern die allmorgendliche Öffnung der Börse den  
20 Takt vorgibt. DIE LINKE streitet seit vielen Jahren für die Wiedererlangung des Primats der  
21 Politik gegenüber der Ökonomie – und damit um das Gewicht Ihrer Stimme für die  
22 gesellschaftlichen Entscheidungen. Abgeordnete und Regierungen sind Ihnen gegenüber  
23 rechenschaftspflichtig, sie werden von Ihnen im Amt bestätigt oder abgewählt. Auf die  
24 Besetzung der Vorstandsetagen der großen Unternehmen haben Sie jedoch keinen  
25 Einfluss. Das, was wir auf der internationalen Bühne erleben mussten, beginnt im Kleinen –  
26 hier vor Ort, in den Gemeinden, bei uns im Land. Nicht zuletzt darum geht es auch bei  
27 dieser Landtagswahl. Am 20. März 2011 haben Sie die Chance, ein Zeichen zu setzen für  
28 mehr demokratische Kontrolle und weniger Markthörigkeit.

29  
30 Wahlen sind der Zeitpunkt, Bilanz zu ziehen über die Arbeit der vergangenen Jahre und vor  
31 allem aufzuzeigen, welche Ziele und Vorhaben vor uns liegen. Mit unserem Wahlprogramm  
32 unterbreiten wir Ihnen unser landespolitisches Angebot. Wir wissen, ein grundsätzlicher  
33 Wandel in der Politik ist dringend notwendig: soziale Gerechtigkeit, demokratische  
34 Mitbestimmung und eine friedliche Außenpolitik bedürfen auch einer Richtungsänderung  
35 auf der Bundesebene. Dafür streitet DIE LINKE. Dafür haben Sie uns bei der letzten  
36 Bundestagswahl zur stärksten Partei in Sachsen-Anhalt gemacht. Für uns ist dieses Votum  
37 Auftrag und Verpflichtung. Die Überwindung der entwürdigenden Hartz-Gesetze, die  
38 Verankerung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes, der Kampf gegen die  
39 Rente ab 67 und das Engagement für eine friedliche Außenpolitik bleiben für uns  
40 unabdingbar. Am 20. März 2011 geht es um beides. Es geht um eine sozial gerechtere  
41 Politik hier in Sachsen-Anhalt, und es geht gleichermaßen darum, dass wir eine  
42 Landesregierung bekommen, die endlich engagiert die Interessen der Menschen in  
43 unserem Land auf der Bundesebene vertritt.

44  
45 Wir als LINKE wollen ein Sachsen-Anhalt für alle. Keiner darf zurückgelassen, keine Region  
46 darf abgehängt werden. Wir wollen eine Stärkung des Öffentlichen, wo andere den  
47 schlanken Staat predigen. Wir wollen, dass allen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht  
48 wird. Ob es die hohen Barrieren beim Zugang zu Bildungs- oder Kulturangeboten betrifft,

49 ob es um die Sicherung der Mobilität für Jung und Alt geht oder um gute Löhne für gute  
50 Arbeit – all das ist entscheidend dafür, wie gerecht die Chancen für den persönlichen  
51 Lebensweg verteilt sind. Wir knüpfen dabei an den realen Lebensbedingungen der  
52 Menschen an, ohne auf haltlose Versprechen zu setzen. Chancengleichheit und mehr  
53 soziale Gerechtigkeit, nachhaltiges Wirtschaften und die Sicherung der öffentlichen  
54 Daseinsvorsorge sind für DIE LINKE die Gradmesser politischen Handelns. Daran haben wir  
55 uns auch bei der Formulierung unserer wichtigsten Vorhaben für die nächsten fünf Jahre  
56 orientiert. Es geht uns um:

57

- 58 - die Wiedereinführung des Rechtsanspruches auf ganztägige Betreuung in  
59 den Kitas für alle Kinder, denn auf den Anfang kommt es an,
- 60 - die Beendigung der sozialen Auslese im Bildungssystem durch längeres  
61 gemeinsames Lernen und um die individuelle Förderung jedes Kindes - in  
62 einem ersten Schritt zu diesem Ziel wollen wir vor allem die  
63 Sekundarschulen stärken,
- 64 - ein gesundes und bezahlbares Mittagessen für alle Kinder in den  
65 Kindertagesstätten und Grundschulen, weil dies für viele Familien bisher  
66 nicht leistbar ist,
- 67 - den Abbau von Schranken beim Zugang zu den Hochschulen unseres  
68 Landes, denn unser Land braucht viele kluge Köpfe und auch höchste  
69 Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen,
- 70 - die Zielstellung umfassender Barrierefreiheit, weil dies ein wichtiger Schritt  
71 zur Teilhabe gerade älterer oder behinderter Menschen ist, dafür muss auch  
72 die Landesbauordnung geändert werden,
- 73 - starke und handlungsfähige Städte und Gemeinden, weil dort hautnah und  
74 unmittelbar über den Lebensalltag aller entschieden wird,
- 75 - eine solidarische Finanzierung unserer zahlreichen überregional  
76 bedeutenden Kultureinrichtungen, denn sie sind ein beachtliches Pfund  
77 unseres Landes und ermöglichen Bildung für jede und jeden außerhalb von  
78 Schule oder Universität,
- 79 - die Sicherung sozial gerechter Mobilität, denn alle, ob jung oder alt, ob mit  
80 oder ohne Auto, haben ein Recht, Bildungs-, Kultur- oder  
81 Dienstleistungsangebote erreichen zu können,
- 82 - gutes und sicheres Wohnen für alle, weil wir diesen wichtigen Bereich nicht  
83 dem freien Spiel der Marktkräfte ausliefern dürfen,
- 84 - einen öffentlichen Dienst, der eine Zukunft hat, jungen Menschen eine  
85 Perspektive bietet und als wichtigste Säule notwendiger Dienstleistungen  
86 leistungsfähig bleibt,
- 87 - eine zukunftsfähige Standortförderung statt Wirtschaftsförderung mit der  
88 Gießkanne, denn für uns steht im Mittelpunkt staatlicher Förderpolitik die  
89 Stärkung des Standortes und nicht der Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen  
90 Unternehmens,
- 91 - eine stärkere Tarifbindung und Mindestlöhne, damit die öffentliche Hand  
92 durch ihre Auftragsvergabe nicht weiter Lohndumping unterstützt,
- 93 - den Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der im  
94 Gegensatz zur Bürgerarbeit einen wirklichen Ausweg aus Hartz IV bietet,  
95 und in dem gleichzeitig wichtige Arbeit geleistet werden kann,

- 96 - den Vorrang für erneuerbare Energien und Klimaschutz, denn ökologisches  
97 Handeln ist nicht nur eine Sache von Klimagipfeln, sondern muss vor Ort  
98 beginnen,  
99 - die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume durch die Stärkung der  
100 Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft auf der Grundlage regionaler  
101 Wirtschafts- und Stoffkreisläufe,  
102 - den Schutz der Bürgerrechte, ohne die öffentliche Sicherheit zu  
103 vernachlässigen, denn beides ist kein Widerspruch sondern gehört  
104 zusammen,  
105 - sowie die Aufhebung der Residenzpflicht und die Abkehr von  
106 Sammelunterkünften für Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten, denn  
107 es geht um Integration statt Ausgrenzung.  
108

109 Machen Sie sich Ihr eigenes Bild. Mit unseren Vorschlägen und Konzepten wollen wir in  
110 den kommenden Monaten Verlässlichkeit unter Beweis stellen, neues Vertrauen in Politik  
111 aufbauen und mit glaubwürdigen Angeboten Menschen gewinnen und motivieren, sich in  
112 gesellschaftliche Entscheidungen einzubringen und sich für ihre Interessen zu engagieren.  
113

114 Veränderung braucht Beteiligung. Wir setzen auf Ihr Engagement!

## 115 Umsteuern auf Bundesebene notwendig

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162

Auch wenn die Rahmenbedingungen für landespolitische Entscheidungen derzeit nicht zum Besten stehen – wenn der politische Wille vorhanden ist und handlungsfähige Mehrheiten gefunden werden, ist vieles machbar. Dennoch: Langfristig sind Länder und Kommunen auf einen Richtungswechsel im Bund angewiesen.

- Die öffentlichen Haushalte stoßen seit Jahren an ihre Grenzen. Steuererleichterungen für Bestverdienende und die großen DAX-Unternehmen haben finanzielle Löcher gerissen, die durch Einsparungen nicht zu schließen sind und die Sicherung der notwendigen Aufgaben zunehmend erschweren. Das gleichzeitig beschlossene Schuldenverbot klingt zwar gut, ist aber derzeit nur mit weiteren drastischen Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich durchsetzbar. DIE LINKE lehnt diese Politik entschieden ab. Wir sind davon überzeugt, dass eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe aller langfristig nur mit höheren Einnahmen der öffentlichen Hand zu machen sind. Unsere Vorstellungen dafür liegen auf dem Tisch. Eine höhere Besteuerung von Vermögen, großen Erbschaften und Börsengeschäften sowie eine gerechte Reform der Einkommensteuer sind keine linken Utopien, sondern ein Gebot der Vernunft. Gleichzeitig geht es uns um eine gerechte Verteilung der Steuereinnahmen auf Bund, Länder und Kommunen.

- Landespolitik ist gefordert, die für viele Menschen immer belastenderen Auswirkungen des Sozialabbaus der Bundesregierung mindestens zu mildern. Eine bedarfsgerechte Grundsicherung statt Hartz IV, eine armutsfeste Rente statt realer Rentenkürzungen oder eine gerechte Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege statt Kopfpauschale können jedoch nur durch eine andere Politik auf Bundesebene realisiert werden.

- Bildung ist in der Bundesrepublik Ländersache. Wir sperren uns als LINKE nicht dagegen, denn je näher Entscheidungen an den Bedingungen vor Ort getroffen werden, desto konkreter kann Politik reagieren und ist Bürgerbeteiligung möglich. Darum plädieren wir auch für eine stärkere Verantwortung der Kommunen in diesem Bereich. Jedoch darf sich der Bund nicht aus seiner Verantwortung stehlen. Das mit der Föderalismusreform beschlossene Verbot der Kooperation von Ländern und Bund in Bildungsfragen lehnen wir ab. Es verhindert gemeinsame Anstrengungen und lässt die Länder auf den finanziellen Aufwendungen für Bildung sitzen. Wir wollen eine Zusammenarbeit von Bund und Ländern in differenzierten Programmen durchsetzen. Darüber hinaus halten wir einen Bildungsfinanzausgleich, der die Bildungsfinanzierung zwischen Bund und Ländern gerechter regelt, für unverzichtbar. Zugleich streben wir auf der Bundesebene eine Reform der Ausbildungsförderung an.

- Jahrelang hat sich die Bundesrepublik als Exportweltmeister gefeiert. Vernachlässigt wurde aber in sträflicher Weise die Binnenkonjunktur, von der schließlich die meisten Arbeitsplätze abhängen. Ständige

163 Lohnkürzungen, die Ausweitung des Niedriglohnsektors und der schlecht  
164 bezahlten Leiharbeit haben die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger  
165 abgewürgt. Leidtragende waren nicht zuletzt die vielen kleinen und  
166 mittelständischen Unternehmen und Einzelhändler hier vor Ort, weil  
167 Aufträge aufgrund des sinkenden Einkommensniveaus ausblieben. Dazu  
168 kommt, dass sich der Staat zunehmend als wichtiger Investor zurückzog.  
169 DIE LINKE hält diese Entwicklung sozial- und vor allem auch  
170 wirtschaftspolitisch für fatal. Wir wollen den Niedriglohnsektor durch die  
171 Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes und die  
172 strenge Begrenzung von Leiharbeit austrocknen. Es ist nicht hinnehmbar,  
173 dass Menschen, die Vollzeit arbeiten, nicht in Würde von ihrer Hände Arbeit  
174 leben können und stattdessen als so genannte Aufstocker zum Amt  
175 müssen. Seit langem fordert DIE LINKE zudem ein bundesweites  
176 öffentliches Investitionsprogramm, um die Binnenkonjunktur zu beleben und  
177 zusätzliche Aufträge auszulösen.

178  
179 - Im Herbst 2009 wurden auf deutschen Befehl nahe Kunduz mindestens 140  
180 Zivilisten getötet. Krieg scheint wieder ein akzeptiertes Mittel der Politik zu  
181 werden, nicht nur in Afghanistan. DIE LINKE ist konsequente Friedenspartei  
182 und fordert die sofortige Beendigung aller Kriegseinsätze der Bundeswehr.  
183 Alle Umfragen bestätigen: Die Mehrheit der Menschen teilt dieses Ziel.  
184 Dennoch entscheiden die regierenden Parteien immer wieder aufs Neue  
185 entgegengesetzt. Wir unterstützen lokale Initiativen, ob gegen den  
186 Gefechtsübungsplatz in der Colbitz-Letzlinger Heide oder die militärische  
187 Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle, gegen eine Militarisierung der  
188 Außenpolitik und für ein beharrliches deutsches Friedensengagement, und  
189 fordern eine grundlegende Kurskorrektur der Bundesregierung.

190  
191 Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um in Sachsen-Anhalt eine Politik für mehr soziale  
192 Gerechtigkeit, wirtschaftliche und ökologische Vernunft und demokratische  
193 Mitbestimmung zu gestalten. Dafür wollen wir Mehrheiten gewinnen und die nächste  
194 Landesregierung führen. Sachsen-Anhalt braucht eine Landesregierung, die im Bundesrat  
195 eine starke Stimme für einen bundesweiten Politikwechsel ist.

## 196 Chancen nutzen – 197 das Land gestalten

198

199

200 Sachsen-Anhalt hat große Chancen und Potenziale, zuallererst sind dies die Menschen, die  
201 hier leben. Darauf setzen wir, auf ihre Erfahrungen und Fähigkeiten. Seit 1990 haben wir  
202 gemeinsam in Sachsen-Anhalt vieles geschafft, schwierige Veränderungen bewältigt, neue  
203 Impulse wie in den erneuerbaren Energien gegeben oder erfolgreich an langen Traditionen  
204 wie der chemischen Industrie angeknüpft. Unsere Hochschulen und Institute können  
205 Motor sein für die Entwicklung unseres Bundeslandes. Und schließlich: Sachsen-Anhalt ist  
206 eine reichhaltige Kulturregion.

207

208 Gleichermäßen wissen wir: Viele Menschen haben mittlerweile resigniert. Viele wurden seit  
209 Jahren aufgrund ihrer schwierigen sozialen Situation und fortdauernder Arbeitslosigkeit an  
210 den Rand der Gesellschaft gedrängt. Andere kämpfen in prekären Beschäftigungen zu  
211 Niedriglöhnen mit den Folgen der neoliberalen Politik der letzten Jahre. Demografischer  
212 Wandel und abnehmende Bevölkerungszahlen stellen gerade die ländlichen Regionen des  
213 Landes vor schwierige Herausforderungen. Potenziale liegen brach, weil Barrieren beim  
214 Zugang zu Arbeit, Bildung, Wissenschaft und Kultur vor allem junge Menschen davon  
215 abhalten, ein selbst bestimmtes Leben aufzubauen und ihre Fähigkeiten und ihre  
216 Kreativität zu entfalten – für ihre persönliche Zukunft und damit auch für Sachsen-Anhalt.

217

218 Seit 2007 tagte der vom Landtag eingesetzte Bildungskonvent. Nach Jahren wechselnder  
219 bildungspolitischer Richtungen bestand im Land das Bedürfnis nach einer grundsätzlichen  
220 Verständigung über einen gesellschaftlich breit getragenen Weg zu besserer Bildung in Kita  
221 und Schule in Sachsen-Anhalt. DIE LINKE hat sich in diesen Bildungskonvent sachlich und  
222 engagiert eingebracht. Wir haben als LINKE in vielen Positionen Bestätigung gefunden: bei  
223 der Ermöglichung frühkindlicher Bildung für alle Kinder sowie der Stärkung und weiteren  
224 Profilierung der Sekundarschulen. Dass es gelungen ist, über viele Bereiche und  
225 Interessengruppen hinweg gerade auch in strittigen Fragen einen Kompromiss zu finden,  
226 schätzen wir nicht gering. Daran gilt es ab 2011 anzuknüpfen. Weitergehend werben wir  
227 prinzipiell für das längere gemeinsame Lernen aller Kinder. Klar ist schon heute: mehr  
228 Chancengleichheit in der Bildung – das ist ein Ziel, dem sich die große Mehrheit  
229 verpflichtet fühlt.

230

231 Kinderarmut hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Fast ein Drittel aller Kinder  
232 unter 15 Jahren und 16 Prozent aller jungen Menschen von 15 bis 25 Jahren leben in  
233 Sachsen-Anhalt von Hartz IV. In Halle leben 38 Prozent der Kinder in  
234 Bedarfsgemeinschaften, in Magdeburg sind es 35 Prozent. Im Salzlandkreis ist jeder fünfte  
235 Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren Hartz IV-Empfänger. Insgesamt liegt die  
236 Armutsquote in Sachsen-Anhalt seit Jahren über dem Durchschnitt der ostdeutschen  
237 Bundesländer. Armut im Alter aufgrund dauerhaft niedriger Einkommen und dadurch  
238 geringer Rentenansprüche ist schon heute vorprogrammiert. Bereits jetzt müssen sich  
239 60.000 Menschen über 60 Jahre im Niedriglohnsektor zusätzlich verdienen, um trotz Rente  
240 oder Altersruhegeld ihr Überleben zu sichern.

241

242 Sachsen-Anhalt hat in den letzten Jahren eine widersprüchliche Entwicklung genommen.  
243 Auf der einen Seite haben sich durch den engagierten Einsatz von Investoren,  
244 Unternehmerinnen und Unternehmern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die  
245 wirtschaftlichen Daten im Trend der neuen Bundesländer bewegt. Die Zahl der  
246 Beschäftigten im Land ist seit 2000 trotz Bevölkerungsrückganges annähernd konstant. In  
247 den letzten Jahren sind neue Branchen, wie erneuerbare Energien oder Verbundwerkstoffe,  
248 entstanden, andere wie die Automobilzulieferer oder die Land- und Ernährungswirtschaft  
249 konnten sich stabilisieren. Die ansonsten als Nachteil empfundene Kleinteiligkeit der  
250 Wirtschaft in Sachsen-Anhalt und der unterdurchschnittliche Anteil am Export half  
251 vorübergehend den klein- und mittelständischen Unternehmen in der Bewältigung der  
252 Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten beiden Jahre.

253

254 Auf der anderen Seite: Erfolgsmeldungen der Landesregierung in den letzten Jahren zeigen  
255 nur die halbe Wahrheit. Wer geringe Lohnstückkosten als Standortvorteil preist vergisst,  
256 dass sich das Einkommensniveau in Sachsen-Anhalt im unteren Bereich bewegt. Im Land  
257 gibt es rund eine Million Arbeitsplätze, aber nur 60 Prozent davon sind unbefristete und  
258 sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeitsplätze, 250.000 sind nicht  
259 versicherungspflichtig. 77.000 Beschäftigte sind zur Sicherung ihrer Existenz zusätzlich auf  
260 staatliche Leistungen angewiesen. Seit Jahren wird der Rückgang der Arbeitslosigkeit  
261 gepriesen. Der Anteil an Langzeitarbeitslosen bleibt jedoch ungebrochen hoch. Bei  
262 prekären Beschäftigungsverhältnissen und Leiharbeit hat Sachsen-Anhalt einen  
263 unrühmlichen Spitzenplatz eingenommen.

264

265 Beklagt wird der Fachkräftemangel, andererseits wurde aktuell nur der Hälfte der  
266 Auszubildenden ein Arbeitsplatz im Ausbildungsbetrieb angeboten. Jungen Leuten fehlen in  
267 Sachsen-Anhalt Arbeitsplätze, die ihnen und ihren Familien eine planbare Perspektive, ein  
268 ordentliches Einkommen und Karrierechancen bieten.

269

270 Nach fast einem Jahrzehnt CDU-geführter Landesregierungen ist es höchste Zeit für den  
271 Neubeginn. Die Koalition aus CDU und SPD ist kaum mehr als ein Zweckbündnis, aktive  
272 Gestaltung von Politik findet nicht statt, das Land wird schlicht verwaltet. Differenzen  
273 innerhalb der Koalition lähmen, wo zupackende Entscheidungen gefragt sind. Das wird den  
274 Erwartungen an Politik und den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht.

## 275 I. Bildung und soziale Chancengleichheit – Bildung wirkt!

276

277

278

### **Das Recht auf frühkindliche Bildung für jedes Kind**

279

280 Bildungsangebote in der frühen Kindheit sind ein wichtiges Fundament für die gesamte  
281 Bildungsbiografie und damit für die Chancen auf ein selbst bestimmtes, erfülltes Leben,  
282 eine erfolgreiche Erwerbskarriere und für die Teilhabe an der Gesellschaft insgesamt. DIE  
283 LINKE sieht auch für die Jüngsten erhebliche Potenziale im Lernen und Spielen mit anderen  
284 Kindern. Jedes Kind kann hier vielfältige Impulse empfangen, um Neues zu entdecken und  
285 soziales Verhalten zu erlernen. Wenn Kinder in Gruppen unter professioneller Anregung  
286 zusammen sein können, ist das nicht schlechthin ein Ersatz für elterliche Erziehung und  
287 Bildung, sondern eine unverzichtbare Ergänzung.

288

289 Mit großer Sorge sehen wir, dass viele Kinder in Verhältnissen aufwachsen müssen, die  
290 von Problemen, von Entbehrungen und Belastungen ihrer Eltern deutlich geprägt werden.  
291 Allein in Magdeburg sind derzeit etwa 55 Prozent der Neugeborenen Kinder, die in so  
292 genannten Bedarfsgemeinschaften leben müssen. Dass gerade für sie die Möglichkeiten  
293 und Chancen zur Teilnahme an Angeboten der Kinderbetreuung, Förderung und Bildung  
294 eingeschränkt sind, weil Mutter oder Vater keine Arbeit finden, ist nicht hinnehmbar.  
295 Während die Gebühren in öffentlichen Kindereinrichtungen für diese Kinder meist durch  
296 die Jugendhilfe gewährt werden, werden ihre Bildungschancen auf maximal fünf Stunden  
297 beschnitten. Eine Einschränkung, die in nicht wenigen Fällen fatale Folgen hat, die  
298 entweder in den nachfolgenden Bildungsgängen nur mit großer Mühe und mit erheblichem  
299 Aufwand ausgeglichen werden können oder die auf lange Sicht Lebensperspektiven  
300 eingrenzen. Armut und niedrige Bildung laufen so Gefahr, vererbt zu werden. Der Aufstieg  
301 aus prekären Verhältnissen wird immer schwieriger.

302

303 Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden - und das schon am Anfang der  
304 Entwicklungs- und Bildungsbiografie. Deshalb tritt DIE LINKE nachdrücklich dafür ein, dass  
305 jedes Kind das Recht hat, alle Angebote der Kindereinrichtung zu nutzen. Um dieses Ziel zu  
306 erreichen, werden wir die Kindereinrichtungen so fördern, dass sie die personellen  
307 Voraussetzungen schaffen können, für alle Kinder, deren Eltern es wünschen, einen  
308 Ganztagsplatz in ausreichender Qualität vorzuhalten. Es geht nicht nur um ein verlängertes  
309 Aufenthaltsrecht - es geht um interessantere Spielangebote, anregende Erlebnisse im  
310 kulturellen und musischen, technischen, naturwissenschaftlichen, im sportlichen und in  
311 anderen Bereichen. Es geht um hinwendungsvolle Betreuung und allseitige Förderung,  
312 insbesondere im Gebrauch der Sprache.

313

314 Wir halten es auch nicht für vertretbar, dass darüber hinaus Kinder nicht die  
315 Kindertagesstätte in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung, in ihrem Dorf, in ihrem Kiez  
316 nutzen können, weil sie eine Behinderung haben und deshalb die wenigen, oft entfernten  
317 Einrichtungen aufsuchen müssen, die die erforderliche Barrierefreiheit und die adäquate  
318 Fachbetreuung und -förderung vorhalten können. Es ist gewiss ein gewichtiger Fortschritt,  
319 dass alle diese Einrichtungen Kinder mit und ohne Behinderung besuchen können. Aber es  
320 sind zu wenige. Es ist unser längerfristiges Ziel, in jeder Kindereinrichtung, qualifizierte  
321 Voraussetzungen zur inklusiven Betreuung, Förderung und Bildung zu schaffen.

322

323  
324  
325  
326  
327  
328  
329  
330  
331  
332  
333  
334  
335  
336  
337  
338  
339  
340  
341  
342  
343  
344  
345  
346  
347  
348  
349  
350  
351  
352  
353  
354  
355  
356  
357  
358  
359  
360  
361  
362  
363  
364  
365  
366  
367  
368  
369  
370

**Sekundarschulen stärken –  
auf dem Weg zu längerem gemeinsamen Lernen**

Vielen Kindern und Jugendlichen wird der Zugang zu anspruchsvollen Bildungsangeboten verwehrt. Viel zu früh werden sie sortiert und auf ein Bildungsgleis gesetzt, was die künftige Richtung ihres Bildungsweges bestimmt. Entfaltungsmöglichkeiten werden ausgebremst. Längeres gemeinsames Lernen heißt für uns, dass alle Kinder und Jugendlichen Zugang zu vielfältigen Bildungsangeboten haben, dass alle Kinder und Jugendlichen sich optimal und uneingeschränkt entwickeln können, dass sie mit- und voneinander lernen und dass sich Konfliktfähigkeit und ein soziales Miteinander entwickeln können.

Wir wollen unverzüglich damit beginnen, dafür die Voraussetzungen zu schaffen und nachhaltige Entwicklungsprozesse einzuleiten. Die bestehenden Defizite im Schulwesen dulden keinen Aufschub.

Die Grundschule als bewährte Schulform wollen wir erhalten und weiterentwickeln. In ihr sollen alle Kinder gemeinsam lernen; eine Empfehlung zum Besuch von Förderschulen soll nur noch in besonderen Fällen ausgesprochen werden.

Mit Hilfe umfassender Beratung durch die Lehrerinnen und Lehrer sollen Eltern und Kinder selbst über die Wahl der weiterführenden Schule entscheiden.

Vor allem die Sekundarschulen wollen wir durch eine spürbare Qualitätsentwicklung der Bildungsangebote stärken. Polytechnische und naturwissenschaftliche Lernfelder sollen auch mit Blick auf eine künftige berufliche Ausbildung ausgeprägt werden. Das Lernniveau muss sich für alle mindestens am Ziel des Realschulabschlusses orientieren, den deutlich mehr Absolventinnen und Absolventen erreichen sollen. Darüber hinaus wollen wir an allen Sekundarschulen in den Schuljahrgängen 5 bis 9 schrittweise gymnasiale Angebote schaffen. Man soll sich darauf verlassen können: auch wenn ich die Sekundarschule am Ort wähle, steht mir der direkte Weg zum Abitur offen.

Die Gymnasien müssen sich ebenfalls ändern. Ein „Abschulen“ nach formalen Leistungskriterien an Sekundarschulen soll es nicht mehr geben. Alle Schülerinnen und Schüler sollen auch in dieser Schulform angenommen werden und individuelle Förderung erwarten können. Die in dieser Schulform in den letzten Jahren sträflich vernachlässigte technische Bildung wollen wir aufwerten.

An Gymnasien sollen alle Abschlüsse vergeben werden.

Auf diesem Weg sollen Sekundarschulen eine attraktive Alternative zu den Gymnasien werden, beide Schulformen sollen sich zu gleichwertigen Bildungsangeboten in den Klassenstufen fünf bis neun entwickeln.

Die Ergebnisse des Bildungskonvents veranlassen uns, dem Landtag in der nächsten Legislatur vorzuschlagen, erneut ein repräsentatives bildungspolitisches Gremium zu berufen, das in der demokratischen Tradition der Runden Tische die Schulreform begleitet. Wir verstehen Schulreform als ein lernendes System, in dem Eltern, Pädagogen und Schüler eingeladen sind, mit zu gestalten, mit zu diskutieren und mit zu entscheiden.

371  
372  
373  
374  
375  
376  
377  
378  
379  
380  
381  
382  
383  
384  
385  
386  
387  
388  
389  
390  
391  
392  
393  
394  
395  
396  
397  
398  
399  
400  
401  
402  
403  
404  
405  
406  
407  
408  
409  
410  
411  
412  
413  
414  
415  
416  
417  
418

**Für ein gesundes und bezahlbares Mittagessen  
für alle Kinder in Kita und Grundschule**

Eine hohe und immer noch steigende Zahl von Kindern muss in Sachsen-Anhalt unter schwierigen materiellen und finanziellen Bedingungen aufwachsen - sei es, weil ihre Eltern den Lebensunterhalt von Transferleistungen bestreiten müssen, im Niedriglohnsektor arbeiten oder ihr Budget durch andere Belastungen stark geschmälert ist. Alle wissen, dass diese Kinder oft ohne Frühstücksbrot in die Schule oder den Kindergarten kommen und dort kein warmes Mittagessen bezahlen können. Wen Hunger quält, der kann nicht unbeschwert lernen und spielen. Und wer nicht mit am gemeinsamen Mittagstisch mit den Klassenkameradinnen und -kameraden oder den Spielgefährtinnen und -gefährten Platz nehmen darf, der oder die gehört auch nicht richtig dazu. Mancherorts kommt dieser gemeinsame Mittagstisch schon gar nicht mehr zustande, weil der Preis für das Essen von vielen nicht mehr gezahlt oder die Zeit zu knapp wird, um noch in Ruhe zu essen.

DIE LINKE tritt für ein Förderprogramm des Landes ein, das allen örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe - bemessen an der Gesamtzahl der in Kindereinrichtungen und Grundschulen betreuten und lernenden Kinder - Mittel zur Verfügung stellt. Damit soll für bedürftige Kinder ein gesundes warmes Mittagessen zur Verfügung gestellt werden, das den Preis von 1 Euro nicht übersteigt. Die Träger der Kindereinrichtungen und Grundschulen sollen gleichzeitig dafür werben, dass wieder mehr Kinder am gemeinsamen Mittagessen teilnehmen, und dafür angemessene Bedingungen schaffen.

**Förderung und Integration  
in Schule und Berufsausbildung verbessern**

An den Schulen sollen die Lernprozesse so gestaltet werden, dass sie alle Kinder erreichen und alle ihre Fähigkeiten und Talente sowie besondere Begabungen gefördert werden. Damit werden sich auch die Voraussetzungen verbessern, Jungen und Mädchen wirkungsvoller als bisher differenziert zu fördern. Die spezifischen Potentiale der Jungen und Mädchen beim Lernen müssen analysiert und erschlossen, tradierte Geschlechterstereotype, auch bei der Berufsorientierung und Berufsberatung, in Frage gestellt und Benachteiligungen konsequent überwunden werden. Vor allem der Entwicklung der Jungen gebührt größere Aufmerksamkeit.

Schritt für Schritt wollen wir die UNO-Resolution über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umsetzen. In der kommenden Wahlperiode werden wir unsere Anstrengungen darauf richten, die personellen Voraussetzungen für die gemeinsame Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen zu schaffen bzw. auszubauen.

Die vorhandenen Kompetenzen und die Ressourcen der Förderschulen sollen in immer stärkerem Umfang vor allem für die Regelschule nutzbar werden. Alle Schulen - Regelschulen und Förderschulen - sollen in regionalen Netzwerken verbunden sein, in die Kindertagesstätten und andere Bildungseinrichtungen einbezogen werden können.

419

420 In der beruflichen Bildung setzen wir uns - auch angesichts der absehbaren  
421 demografischen und sozialen Entwicklung - zur Förderung benachteiligter Jugendlicher für  
422 effektivere Ausbildungsformen, die systematisch mit der betrieblichen Praxis verbunden  
423 sind, ein.

424

425 Das bestehende Netz der Berufsausbildungsstätten soll für Aufgaben der beruflichen Aus-  
426 und Weiterbildung weitgehend erhalten bleiben. Das erfordert Profilbildung, regionale und  
427 überregionale Koordinierung und den Ausbau von Kooperationen. Berufsbildende Schulen  
428 sollen einen wachsenden Beitrag zur Entwicklung polytechnischer Angebote vor allem an  
429 den Sekundarschulen leisten.

430

431

432

### **Studieren ohne Barrieren – Innovationsfähigkeit ausbauen**

433

434

435 Sachsen-Anhalt braucht kluge Köpfe. Bildung ermöglicht jungen Menschen ein selbst  
436 bestimmtes Leben und die Teilhabe an Arbeit, an Demokratie, an Kultur und Kunst und  
437 allem anderen, was die Gesellschaft zu bieten hat. Deshalb wollen wir, dass die Zugänge zu  
438 akademischer Bildung für immer mehr junge Menschen eröffnet werden. Zugleich wollen  
439 wir Barrieren, die am Studieren hindern, Schritt für Schritt abbauen. Vor allem junge  
440 Menschen aus den weniger gut betuchten Familien wollen wir für ein Studium gewinnen.  
441 Studiengebühren wird es deshalb mit uns nicht geben. Auch Gebühren, die bereits jetzt für  
442 viele Studierende eine hohe soziale Hürde sind, das Studium erfolgreich und zügig zu  
443 absolvieren, wollen wir schrittweise abschaffen. Zusätzliche Aufnahmekriterien im  
444 Hochschulgesetz sollen entfallen.

445

446 Derzeit sind die Hochschulen in Sachsen-Anhalt unterfinanziert. Damit wird der Zugang zu  
447 hoher Bildung erschwert und die Erfüllung unverzichtbarer Aufgaben der Hochschulen  
448 gefährdet. Streichungen an den Hochschulbudgets kann es unter den derzeitigen  
449 Bedingungen nicht geben.

450

451 Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Studierenden mit  
452 Bachelorabschluss ihr Studium in einem Masterstudiengang fortsetzen können.  
453 Erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen muss der Weg zur  
454 Promotion besser als bisher eröffnet, Benachteiligungen müssen überwunden werden.  
455 Studieren heißt auch mitzugestalten und mitzubestimmen. Grundsätzliche Fragen über die  
456 Entwicklung und die Profilbildung an den Hochschulen sollen durch die demokratisch  
457 gewählten Gremien beraten und entschieden werden. Lehre und Forschung sollen  
458 familienfreundlich und sensibel für die unterschiedlichen Lebenslagen von Studierenden,  
459 von MitarbeiterInnen und von HochschullehrerInnen gestaltet werden – für das Studieren  
460 mit Kindern, für das Leben mit Behinderungen oder für finanzielle Notsituationen.

461

462 Hochschulen und Forschungsinstitute leisten einen entscheidenden Beitrag zur  
463 Entwicklung der Wissenschaft, zu Innovation, sozialer Stabilität und sozialem Fortschritt.  
464 Wir wollen, dass in Sachsen-Anhalt „Wissen“ mehr qualifizierte, dauerhafte Arbeitsplätze  
465 schafft, die Nachhaltigkeit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung stärkt,  
466 Kultur und Wissenschaft pflegt und bereichert sowie Demokratie und Weltoffenheit im

467 Land fördert. Das schließt den gesellschaftlichen Diskurs über den verantwortungsvollen  
468 Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und das Betreiben von Risikoforschung ein.  
469 Die Innovationspolitik des Landes ist auf die Stärkung der Forschungs- und  
470 Entwicklungspotenziale in den Unternehmen zu richten. Die erreichte  
471 Technologieführerschaft auf den Gebieten der regenerativen Energien, der Entwicklung  
472 neuartiger Chemie- und Kunststoffe u. a. bestimmen wesentlich die wirtschaftliche  
473 Leistungsfähigkeit des Landes. Die Hochschulen müssen noch besser in die Lage versetzt  
474 werden, Wissenstransfer und weitere Kooperationsbeziehungen mit der Wirtschaft  
475 bedarfsgerecht und mit hohem Gewinn für die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt zu  
476 gestalten. Die Stärkung des Innovationspotenzials des Landes erfordert den Ausbau des  
477 Sektors der wissenschafts- und forschungsorientierten Unternehmen und der  
478 Serviceunternehmen für Technologietransfer, Beratung und Qualifikation. Hier tragen auch  
479 die Unternehmen des Landes eine Mitverantwortung.

480

481

482

### **Voraussetzungen für Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt schaffen**

483

484

485 Die Zahl der Menschen, die vielfältige Barrieren im persönlichen wie gesellschaftlichen, im  
486 kulturellen und wirtschaftlichen Leben nicht oder nur mit großer Mühe überwinden  
487 können, nimmt zu. Längst sind es nicht mehr nur Menschen mit Behinderungen, die an  
488 erhebliche Hürden geraten, auch die zunehmende Gruppe der älteren Bürgerinnen und  
489 Bürger, die Gruppe der chronisch Kranken brauchen allseitige Barrierefreiheit. Eine sinnvoll  
490 barrierefrei gestaltete Umwelt macht für alle das Leben angenehmer und leichter, nicht  
491 zuletzt auch für die Kinder. Barrierefreiheit ist die unverzichtbare Voraussetzung, allen  
492 Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft, an demokratischen Entscheidungen, an Kultur,  
493 Bildung und Information zu ermöglichen und ihnen gleiche Chancen zu gewähren, ihr  
494 Leben selbst bestimmt zu gestalten. Zugleich kann die Gesellschaft auf die Kreativität, das  
495 Engagement der Bürgerinnen und Bürger mit Behinderungen und chronischen  
496 Erkrankungen, auf die vielfältigen Impulse, die von ihnen ausgehen, nicht verzichten.

497

498 DIE LINKE setzt sich daher entschieden dafür ein, in Sachsen-Anhalt die UNO-Konvention  
499 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umzusetzen. Eine Schlüsselfrage sehen  
500 wir in der sogenannten Zugänglichkeit. Es ist erforderlich, dass auch gehandicapte  
501 Menschen Gebäude besuchen, Beförderungsmittel, Straßen und andere öffentliche  
502 Einrichtungen weitgehend gefahrlos nutzen können. Barrierefreiheit geht aber weit darüber  
503 hinaus, sie schließt Kommunikation und Information ein.

504

505 Wir werden dafür sorgen, dass die Ausnahmeregelungen in der Landesbauordnung, die es  
506 immer noch erlauben, von den Grundsätzen der Barrierefreiheit beim Bau in Sachsen-  
507 Anhalt abzuweichen, deutlich eingeschränkt werden. Verstöße dagegen sind genauso mit  
508 Sanktionen zu ahnden, wie Verstöße z.B. gegen den Brandschutz. Insbesondere dort, wo  
509 Investitionen mit öffentlichen Fördermitteln getätigt werden, vor allem beim Neu- und  
510 Umbau öffentlicher Einrichtungen und im allgemeinen Wohnungsbau, muss Barrierefreiheit  
511 zwingend durchgesetzt werden. Wir gehen davon aus: Je selbstverständlicher und früher  
512 die Belange der Barrierefreiheit von vornherein bedacht werden, umso weniger zusätzliche  
513 Kosten entstehen. Schrittweise wollen wir das Ziel erreichen, dass alle öffentlichen  
514 Gebäude wirklich für alle zugänglich sind.

515  
516  
517  
518  
519  
520  
521  
522  
523  
524  
525  
526  
527  
528  
529  
530  
531  
532  
533  
534  
535  
536  
537  
538  
539  
540  
541  
542  
543  
544  
545  
546  
547  
548  
549  
550  
551

**Armut und Ungerechtigkeit verhindern -  
Sozialziele vereinbaren**

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden. Der Anteil von Familien, die in finanziellen Notlagen leben, ist in Sachsen-Anhalt sehr viel höher als in vielen anderen Bundesländern. Ihr Alltag ist deshalb mit vielfältigen und schwerwiegenden Konflikten belastet. Oftmals leiden Kinder unter solchen Lebensbedingungen. Viele der Betroffenen suchen und finden die vielfältigen Angebote sozialer Dienstleistungen und Beratungsstellen. Diese soziale Daseinsvorsorge darf in ihrem Bestand nicht gefährdet werden. Wir wollen dafür sorgen, dass die finanzielle Förderung vieler ehrenamtlicher und professioneller Beratungen auch in Zukunft gewährleistet wird. Es geht uns darum, die kommunale Sozialpolitik in die Lage zu versetzen, entsprechend des Bedarfes vor Ort ein zuverlässiges Netz von Beratungsstellen so zu fördern, dass Synergieeffekte und Vernetzungen unter den Akteurinnen und Akteuren entstehen.

Moderne linke Sozialpolitik muss sich messen lassen an konkreter Verbesserung der sozialen Lage von Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb wollen wir in einem Prozess der Aushandlung im Rahmen einer Landessozialkonferenz mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und engagierten Vereinen und Verbänden Sozialziele für Sachsen-Anhalt erarbeiten. Solche Ziele sollen am Ende einer Legislaturperiode die Möglichkeit eröffnen, Auskunft darüber geben, wie es gelungen ist, die Teilhabe an Bildung und sozialen Angeboten – vor allem für Kinder und Jugendliche – zu verbessern, und offenbaren, was getan werden muss, um ihre Entwicklungschancen weiter zu fördern.

Ärztmangel macht sich zunehmend sowohl in Krankenhäusern als auch in der ambulanten Betreuung bemerkbar. Lange Wege und lange Wartezeiten sind längst keine Seltenheit mehr – gerade in den dünn besiedelten Regionen unseres Landes. Hier unterstützen wir die laufenden Bemühungen der Selbstverwaltung von Kassen und Ärzten zur besseren Versorgung des ländlichen Raumes, z. B. durch Filialpraxen, den Einsatz mobiler Praxisassistentinnen und Praxisassistenten oder die Schaffung poliklinischer Strukturen. Bezogen auf die Krankenhauslandschaft stehen wir für eine wirtschaftlich vernünftige Verteilung von Basis- und Spezialversorgung, mit der für die ambulante Versorgung vor allem im fachärztlichen Bereich Kooperationspunkte geschaffen werden sollen.

## 552 II. Soziale Verantwortung beginnt vor Ort – Städte und 553 Gemeinden stärken – Keine Region abhängen

554

555

556

557

558

### **Für starke Kommunen – Mitwirkungsrechte verbessern**

559

560

561

562

563

564

565

566

Die Gemeinden, Städte und Landkreise sind Ausgangspunkt unseres demokratischen Gemeinwesens. Sie bilden gleich zweifach ein wichtiges Element für die Teilhabe aller. Zum einen haben sie die Aufgabe, ganz unmittelbar den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die Angelegenheiten in ihrem unmittelbaren Umfeld zu sichern. Zum anderen entscheidet die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge hier vor Ort darüber, ob alle Menschen in Sachsen-Anhalt unabhängig von ihrem sozialen Status ihre Vorstellungen einbringen und ihre Chancen nutzen können.

567

568

569

570

571

572

573

574

575

576

Die fatale Losung vom schlanken Staat, der die meisten Lebensbereiche dem Markt überlässt und seine eigenen Ressourcen und Kompetenzen immer weiter beschneidet, hat gerade in den Kommunen deutliche Spuren hinterlassen. Oft fehlen die notwendigen Mittel, um die öffentliche Daseinsvorsorge für alle Menschen zu garantieren. Demokratische Entscheidungsprozesse werden nicht selten sinnentleert, wenn es praktisch nichts mehr zu entscheiden gibt, weil die Kassen leer sind und das Eigentum verkauft ist. Viele Gemeinden, vor allem im ländlichen Raum, haben darüber hinaus Angst, in eine Abwärtsspirale aus Abwanderung, Kaufkraftverlust, Überalterung und Verlust von Wirtschaftskraft gezogen zu werden. DIE LINKE nimmt diese Probleme ernst.

577

578

579

580

581

582

583

584

585

586

587

588

Wir wollen uns in den nächsten Jahren dafür einsetzen, dass die Landeszuweisungen an die Kommunen in Sachsen-Anhalt wenigstens wieder auf das Niveau der Jahre 2008 und 2009 in Höhe von 1,7 Milliarden Euro angehoben werden. Damit sollen die Kommunen in die Lage versetzt werden, trotz der radikalen Einnahmeverluste in Folge der Wirtschaftskrise und einer verfehlten Steuerpolitik die Grundlagen der öffentlichen Daseinsvorsorge in den nächsten Jahren zu erhalten. Wir wissen, dass eine aufgabenbezogene Finanzausstattung der Kommunen durch das Land in etwa bei zwei Milliarden Euro liegen würde. Eine solche Summe kann das Land jedoch erst dann den Kommunen erstatten, wenn auf der Bundesebene eine verbesserte Einnahmesituation der Länder durchgesetzt wird. DIE LINKE hat in ihrem Steuerkonzept für den Bund Vorschläge erarbeitet, die die Abhängigkeit der Kommunen von den Landeszuweisungen stark reduzieren würde.

589

590

591

592

593

594

595

596

597

Die wirtschaftliche Basis der Gemeinden und Landkreise durch eigene kommunale Wirtschaftsunternehmen muss gestärkt werden. Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ist für viele Kommunen ein wichtiges Standbein zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region. Kommunale Unternehmen sollen im Wettbewerb mit privaten weder Benachteiligung noch besondere Vorteile erfahren, sie sollen gleichberechtigt am Markt agieren können. Die öffentliche Auftragsvergabe soll künftig mit dem Ziel einer verstärkten Kooperation kommunaler und privater Unternehmen zur nachhaltigen Entwicklung von regionalen Wirtschaftskreisläufen erfolgen. Unverzichtbare Träger dieser Prozesse sind die Sparkassen der Kreise und

598 kreisfreien Städte. Das Gemeindegewirtschaftsrecht ist unverzüglich diesen Anforderungen  
599 anzupassen.

600

601 Keine Region darf von der gesellschaftlichen Entwicklung abgeschnitten werden. Deshalb  
602 ist es wichtig, die fünf Planungsregionen des Landes (Altmark, Harz, Anhalt, Magdeburg,  
603 Halle) zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Entwicklungspotenziale  
604 zu entfalten. Dazu müssen jedoch in allen fünf Regionen starke Oberzentren existieren.  
605 Dies bedeutet, dass zum einen endlich die drei kreisfreien Städte Halle, Magdeburg und  
606 Dessau-Roßlau im Finanzausgleichsgesetz gleichwertig und dass darüber hinaus auch die  
607 beiden kreisangehörigen Städte Halberstadt und Stendal finanziell und in der  
608 Landesplanung wie Oberzentren behandelt werden müssen. Das Rückgrat der öffentlichen  
609 Daseinsvorsorge sollen nach unseren Vorstellungen 24 Mittelzentren in Sachsen-Anhalt  
610 sein. Diese müssen in jedem Landstrich wichtige soziale, kulturelle und infrastrukturelle  
611 Angebote vorhalten und vom Umland mit öffentlichen Verkehrsmitteln problemlos  
612 mindestens zweimal am Tag erreichbar sein. Sie sollen gerade in den Teilen des Landes  
613 Sachsen-Anhalt, die besonders stark von Bevölkerungsverlust betroffen sind, verlässliche  
614 Zentren bilden. In den neu entstandenen Verbands- und Einheitsgemeinden sollen die  
615 Menschen eigenständig über die örtliche Verteilung der Daseinsfunktionen entscheiden  
616 können. Deshalb ergibt die zentrale Ausweisung von Grundzentren aus unserer Sicht in  
617 Zukunft keinen Sinn mehr.

618

619 Teilhabe für alle bedeutet für uns nicht nur die Gewährleistung der öffentlichen  
620 Daseinsvorsorge, sondern auch die Möglichkeit für alle, an den kommunalen  
621 Entscheidungen mitzuwirken. Das bedeutet auch die Arbeitsmöglichkeiten der  
622 ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu verbessern, um  
623 zu verhindern, dass auch diese Mitwirkungsmöglichkeit durch die eigene soziale Situation  
624 beschnitten wird. Darüber hinaus setzen wir uns für die Stärkung der direkten  
625 Bürgerbeteiligung in den Kommunen ein. Das betrifft sowohl die Verbesserung der  
626 Möglichkeiten von Bürgerentscheiden als auch die Anwendung von Instrumenten wie den  
627 Bürgerhaushalt.

628

629

630

### **Über Bildung mehr vor Ort entscheiden – Jugendarbeit langfristig sichern**

631

632

633 Die kommunalen Kompetenzen in Bezug auf Bildung sollen deutlich gestärkt werden. Wir  
634 wollen dazu anregen, viele Akteurinnen und Akteure in wirksamen Netzwerken für Bildung,  
635 in regionalen Bildungslandschaften zusammenzuführen. Neben der Erhöhung der  
636 Attraktivität der Städte und Gemeinden sowie der Bildungsqualität vor allem an den  
637 Schulen sollen auf diesem Wege regionale Ressourcen für Bildung erschlossen und  
638 effektiver genutzt werden. Den Landkreisen und kreisfreien Städten müssen wichtige  
639 Entscheidungskompetenzen in der Schulentwicklungsplanung übertragen werden. Die  
640 demokratischen Vertretungskörperschaften der Kommunen sollen in Zusammenarbeit mit  
641 den Schulbehörden erweiterte Möglichkeiten bei der Ausgestaltung der Schulformen, zur  
642 Zusammenfassung und Kooperation von Schulen untereinander und mit anderen Bildungs-,  
643 Wissenschafts- und Kultureinrichtungen sowie für regional spezifische Angebote im  
644 schulischen Bereich erhalten. An allen Sekundarschulen sollen Ganztagsangebote  
645 entwickelt werden.

646

647 Thematisch breit gefächerte Angebote der Jugend- und Erwachsenenbildung, der  
648 kulturellen und sportlichen Bildung in den Städten und Gemeinden müssen weiter  
649 gefördert werden. Es sind neue Ideen gefragt, dass auch auf dem Lande und in kleineren  
650 Städten diese Angebote für Jung und Alt gut erreichbar sind. Die Palette reicht von der  
651 kulturellen Bildung im Gemeindehaus bis zur Seniorenuniversität. Anregungen sich zu  
652 bilden und geeignete Möglichkeiten dazu zu finden – diese Faktoren erlangen über den  
653 gesamten Lebensbogen wachsende Bedeutung für Lebensqualität, Demokratie, kulturelle  
654 Entwicklung und beruflichen Erfolg.

655

656 Jugendarbeit knüpft an den Interessen junger Menschen an, sie wird von ihnen  
657 mitgestaltet und ist damit wichtiger Bestandteil gesellschaftlicher Partizipation. Für die  
658 Jugendarbeit auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte ist der weitere Erhalt der  
659 Landesprogramme Jugendpauschale und Fachkräfteprogramm wichtige Voraussetzung –  
660 dafür setzt sich DIE LINKE ein. Die auf Landesebene überregional tätigen Jugendverbände  
661 werden auch weiterhin wichtige Partner sein. Ziel linker Landespolitik ist es deshalb, den  
662 Jugendverbänden eine dauerhafte und verlässliche Finanzierungsgrundlage zu garantieren.

663

664

665

#### **Zugang zum schnellen Internet überall ermöglichen**

666

667 Leistungsfähige Breitbandnetze zum schnellen Informations- und Wissensaustausch sind  
668 aus Sicht der LINKEN Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie sind nicht weniger  
669 bedeutend als Straßen und Schienen oder als Gas-, Wasser- und Stromverteilernetze. Vom  
670 Standortnachteil eines fehlenden schnellen Internetzugangs sind keineswegs nur die  
671 ländlichen Regionen betroffen. Auch in den Ballungszentren und im Umland gibt es noch  
672 genügend „weiße Flecken“. Die Netzinfrastruktur darf jedoch nicht mit Steuergeldern  
673 ausgebaut werden, um anschließend allein den Gewinninteressen von privaten  
674 Unternehmen überlassen zu bleiben.

675

676

677

#### **Ein solidarisches Kulturfördergesetz auf den Weg bringen**

678

679

680 Sachsen-Anhalt ist reich an kulturellen Schätzen aus seiner Geschichte und Gegenwart. Zu  
681 ihnen zählen bedeutende Baudenkmale wie vielfältige weitere Zeugnisse weltlichen und  
682 geistlichen kulturellen Schaffens, Zeugnisse des Ringens der Menschen um Demokratie  
683 und Freiheit und eine breit gefächerte Landschaft von Theatern, Orchestern, Museen,  
684 Bibliotheken, Galerien und weiteren Orten kulturellen und musischen Lebens. Diesen  
685 kulturellen Reichtum gilt es zu erhalten, zu pflegen und zu mehren.

686

687 Wir wollen alle Anstrengungen unternehmen, dass jede und jeder und im besondern Maße  
688 die junge Generation daran partizipieren können. Dies ist im Sinne eines humanistischen  
689 Bildungsideals unverzichtbar, zugleich aber auch ein wichtiger Quell von Kreativität,  
690 gesellschaftlichem und kulturellem Engagement. Gerade kulturelle Einrichtungen können  
691 einen unschätzbaren Beitrag leisten für die Entwicklung einer demokratischen und zivilen  
692 Gesellschaft, in der Toleranz, Solidarität und Freiheit das Leben aller prägen.

693

694 DIE LINKE geht davon aus, dass das nur möglich bleiben wird, wenn alle gemeinsam die  
695 damit verbundenen – auch erheblichen finanziellen – Aufgaben schultern und für kulturelle  
696 Bildung, für kulturelles Engagement, für kulturelle Teilhabe insgesamt werben. Deshalb  
697 wollen wir rechtliche Grundlagen schaffen, die kommunale Netzwerke und Kulturverbände  
698 in verschiedenen Bereichen ermöglichen und in unterschiedlicher Weise fördern. Wir  
699 treten dafür ein, mit Landesmitteln überregional bedeutsame Kultureinrichtungen  
700 verlässlich mitzufinanzieren und so Anstrengungen verschiedener Träger, die sich zu  
701 kulturellen Netzwerken verbunden haben, zu unterstützen. Darüber hinaus muss für  
702 besondere Angebote im Landesinteresse, wie Theater und Orchester, die Landesförderung  
703 fortgesetzt werden.

704

705 Wir wollen nachhaltige Impulse auslösen, dass in den Regionen neue Wege gefunden  
706 werden, kulturelle Schätze und Angebote zu erhalten und weiter zu entwickeln. Wenn  
707 Einrichtungen und Kulturstätten von Bürgerinnen und Bürgern verschiedener Kommunen  
708 genutzt und besucht werden, soll auch deren Finanzierung und Unterhaltung solidarisch  
709 geteilt werden. Die Entstehung solcher Verbände wollen wir stärker als bisher fördern.

710

711

712

### **Teilhabe bedeutet sozial gerechte Mobilität**

713

714 Teilhabe hängt ganz wesentlich von Mobilität ab. Das betrifft die Erreichbarkeit von  
715 Kindergarten und Schule genauso wie die von Handelseinrichtungen, Ärzten und  
716 Krankenhäusern. Der Zugang zu immer mehr Bereichen des öffentlichen Lebens ist von der  
717 Verfügung über ein eigenes Auto abhängig. Dies ist nicht nur umweltschädlich, sondern  
718 schließt in einer älter werdenden Gesellschaft immer mehr Menschen aus. Deshalb  
719 müssen wir das Angebot des öffentlichen Verkehrs auf Schiene und Straße als Alternative  
720 sichern und darüber hinaus wichtige Angebote der Daseinsvorsorge in zumutbarer  
721 Entfernung gewährleisten. All das nützt jedoch nichts, wenn Menschen mit niedrigem  
722 Einkommen von der Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ausgeschlossen werden, weil  
723 sie deren Preise nicht bezahlen können.

724

725 DIE LINKE schlägt die Einführung von Sozialtickets vor, die für einkommensschwache  
726 Personen einen deutlich reduzierten Fahrpreis im jeweiligen Landkreis oder der kreisfreien  
727 Stadt ermöglichen. Dies wird für die Träger des Öffentlichen Personennahverkehrs keinen  
728 finanziellen Verlust bedeuten, da über einen solchen Weg zusätzliche Fahrgäste gewonnen  
729 und der Auslastungsgrad öffentlicher Verkehrsmittel verbessert werden. Wir wollen als  
730 Land Sachsen-Anhalt innerhalb des geltenden ÖPNV-Gesetzes diejenigen Kommunen, die  
731 ein solches Sozialticket einführen, besser bezuschussen als diejenigen, die dies nicht tun.  
732 Unser Ziel ist es, dass in allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Sachsen-Anhalt  
733 flächendeckend solche Tarife angeboten werden.

734

735

736

### **Gutes und sicheres Wohnen für alle**

737

738 Das Vorhalten von bedarfsgerechtem Wohnraum ist einer der wichtigsten Bestandteile der  
739 Daseinsvorsorge. Deswegen darf dieser Bereich nicht allein dem Markt überlassen werden,  
740 sondern verlangt einen starken kommunalen und genossenschaftlichen Sektor. Allerdings  
741 stehen sowohl die Kommunen als auch die entsprechenden Wohnungsunternehmen häufig

742 unter starkem Druck. Entweder sollen sie durch den Verkauf von Wohnungen ihre desolate  
743 Finanzsituation verbessern oder tragen hohe Belastungen, u. a. durch Leerstand auf Grund  
744 des Bevölkerungsrückganges. Oftmals erscheint dann eine Privatisierung alternativlos. Um  
745 das zu verhindern, wollen wir bei der Investitionsbank des Landes einen Fonds für Tilgung  
746 und Zinshilfen zur Ablösung von Krediten der Wohnungsunternehmen einrichten. Darüber  
747 hinaus soll hier die Möglichkeit von Liquiditätshilfen und der Bereitstellung von  
748 Kreditsicherheiten geprüft werden.

749  
750 Das Land muss gegenüber dem Bund auf eine langfristige Plansicherheit bei den  
751 Bundesfinanzhilfen für den Stadtumbau Ost hinwirken. Daneben muss sich das Land für  
752 die endgültige Lösung der Altschuldenproblematik beim Bund einsetzen. Sowohl für die  
753 Kommunen als auch für die Wohnungsunternehmen ist es dringend erforderlich,  
754 menschenwürdige Wohnverhältnisse auch für die Betroffenen von Hartz IV zu  
755 gewährleisten. Deshalb treten wir für die Wiederaufstockung des Anteils des Bundes an  
756 den Kosten der Unterkunft ein.

757  
758 Um Fördermittel bei den Kommunen auch wirklich ankommen zu lassen, befürworten wir  
759 den Einsatz von Mitteln kommunaler Gesellschaften und Zweckverbände als kommunale  
760 Eigenmittel.

761 III. Standorte fördern – Öffentlichem Dienst eine Zukunft  
762 geben – Mindestlöhne durchsetzen – Öffentlich geförderte  
763 Beschäftigung schaffen – Erneuerbaren Energien Vorrang  
764 geben

765

766

767

**Von der Unternehmensförderung  
zur Standortförderung**

768

769

770 Unverzichtbar bleibt für uns als LINKE der Anspruch, eine selbst tragende wirtschaftliche  
771 Entwicklung Sachsen-Anhalts in einem mittelfristigen Zeitraum zu erreichen. Vorhandene  
772 regionale Differenzierungen sind als Aufforderung sowohl zur regionalen Vernetzung als  
773 auch zur Definition eigenständiger Entwicklungsperspektiven zu begreifen. Das  
774 produzierende Gewerbe und die modernen Agrarstrukturen sind in Sachsen-Anhalt  
775 traditionell tragende Säulen einer stabilen wirtschaftlichen Infrastruktur. Die  
776 wirtschaftspolitischen Ressourcen des Landes sind zielgerichteter auf den Ausbau der  
777 vorhandenen Potenziale zu orientieren. Motivierte und selbstbewusste Arbeitnehmerinnen  
778 und Arbeitnehmer sind für uns unverzichtbare Voraussetzung für eine erfolgreiche  
779 wirtschaftliche Entwicklung.

780

781 Linke Wirtschaftspolitik ist mehr als nur Förderpolitik. Sie umfasst auch Ordnungspolitik,  
782 Genehmigungsverfahren, Kartellrecht, Preispolitik sowie die Stärkung tariflicher, sozialer  
783 und arbeitsrechtlicher Standards, die Herstellung von Chancengleichheit für Frauen und  
784 Männer und die Gewährleistung demokratischer Teilhabe in Unternehmen.

785

786 DIE LINKE fordert die Neuausrichtung der Fördermittelvergabe für einen Einstieg in den  
787 sozial-ökologischen Umbau des Wirtschaftssystems, um Wachstum und  
788 Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Bei weniger werdenden Mitteln steht für uns im  
789 Mittelpunkt staatlicher Förderpolitik die Stärkung des Standortes als Wettbewerbsfaktor  
790 und nicht die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen Unternehmens.  
791 „Leuchttürme“ sind für uns nicht die einzelnen Unternehmen, sondern gut aufgestellte  
792 Regionen. Die Fördermittelvergabe sollte nicht mehr mit Blick auf die  
793 betriebswirtschaftlichen Effekte eines Unternehmens, sondern auf die  
794 volkswirtschaftlichen Effekte für Sachsen-Anhalt erfolgen. Neue Investitionen müssen  
795 primär der Erweiterung bestehender Branchenkapazitäten und der Vertiefung der  
796 regionalen Wertschöpfungsketten dienen.

797

798 Für DIE LINKE ist der Ausbau bestehender und die Entwicklung neuer Netzwerke - auch  
799 über die Landesgrenzen hinaus - zur Verstärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe und  
800 der Erhöhung der Fertigungstiefe und des Wertschöpfungsanteils in der Region sowie der  
801 branchenübergreifenden Kooperation vorrangig. Wir orientieren auf den Ausbau der  
802 regionalen anstatt der logistisch geprägten Wertschöpfung.

803

804 Landesmittel für Forschung und Entwicklung sind gezielter für die Entwicklung innovativer  
805 Produkte der klein- und mittelständischen Wirtschaft des Landes und zur Sicherung der  
806 Rohstoffbasis durch die Gewinnung neuartiger Rohstoffe auf der Basis von Biomasse und

807 Kohle sowie die Entwicklung moderner Stoffkreisläufe einzusetzen. Durch eine  
808 Prioritätensetzung bei Umsetzung der Operationellen Programme EFRE (Europäischer  
809 Fonds für regionale Entwicklung) und ESF (Europäischer Sozialfonds) wollen wir ab 2014  
810 die Förderprogramme stärker auf Beschäftigte als auf Unternehmen konzentrieren.  
811 Vorgesehen ist eine Aufteilung der Mittel zu je 50 Prozent ESF und EFRE. Bei den  
812 Fördermaßnahmen aus dem Landeshaushalt streben wir eine deutliche Erhöhung des  
813 Anteils von zinsgünstigen Darlehen anstatt verlorener Zuschüsse an. Wir wollen die  
814 erweiterte Inanspruchnahme der aus öffentlichen Mitteln gespeisten revolving Fonds  
815 über die Investitionsbank befördern, bei denen die Tilgungseinnahmen in den Fonds  
816 zurückfließen und sofort für die Vergabe weiterer Kredite zu Verfügung stehen.

817

818 Wir wollen eine Änderung der Kriterien für die Fördermittelvergabe hinsichtlich des  
819 Zuwachses an Arbeitsplätzen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, familienfreundlicher  
820 Arbeitsbedingungen und Einkommen sowie des verminderten und nachhaltigen Verbrauch  
821 an Energie und Rohstoffen. Öffentliche Förderung von Unternehmen muss auch an die  
822 Qualität von Arbeit, an faire Bezahlung, die Schaffung von unbefristeten  
823 Vollzeitstellen und die Gewährung von Rechten der ArbeitnehmerInnen, sich einen  
824 Betriebsrat zu wählen, gebunden werden.

825

826 Die Einrichtung eines Nachhaltigkeitsbeirates als ständiges Beratungsorgan für Parlament  
827 und Regierung halten wir für eine unabdingbare Voraussetzung zur Nachhaltigkeitsprüfung  
828 politischer Entscheidungen. Dazu streben wir einen industrie- und strukturpolitischen  
829 Dialog mit Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Kammern, Kommunen und regionalen  
830 Wirtschaftsfördergesellschaften sowie Technologie- und Gründerzentren an.

831

832

833

### **Für eine stärkere Tarifbindung und Mindestlöhne**

834

835

836 Die öffentliche Hand muss einen wirksamen Beitrag dafür leisten, dass Unternehmen  
837 gewinnbringende Aufträge erhalten, die Beschäftigten ordentlich bezahlt werden und der  
838 Verwaltungsaufwand weiter gesenkt wird. DIE LINKE will die Vergabe von öffentlichen  
839 Aufträgen an Tarifvereinbarungen oder einen Mindestlohn binden. Wir bestehen darauf: Mit  
840 öffentlichen Mitteln darf kein Lohn- und Preisdumping befördert werden. Für DIE LINKE ist  
841 dieses Vorgehen Voraussetzung, um soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft  
842 zusammenzubringen.

843

844 DIE LINKE wird ein neues Vergabegesetz für öffentliche Aufträge in den Landtag  
845 einbringen. Dabei wollen wir die Erfahrungen aus Berlin und Brandenburg berücksichtigen  
846 und insbesondere darauf achten, dass eine EU-konforme Tariftreuregelung geschaffen  
847 wird. Das Vergabegesetz soll in den Bereichen Tariftreue, Förderung der Gleichstellung von  
848 Mann und Frau, umweltverträgliche Beschaffung sowie im Bereich der Kontrollen und  
849 Sanktionen verbindliche Regelungen enthalten. Insbesondere ist die Bindung an die nach  
850 dem Arbeitnehmerentendengesetz fixierten Löhne zu beachten. Soweit es für bestimmte  
851 Branchen keine Tarifverträge gibt oder die dort vorgesehenen Tariflöhne den Lohn von  
852 8,50 Euro unterschreiten, ist eine Mindestentlohnung von 8,50 Euro pro Stunde  
853 festzuschreiben. Wir sind davon überzeugt, dass ein solches Gesetz  
854 Wettbewerbsverzerrungen, die durch den Einsatz von Niedriglohnkräften entstehen,

855 entgegenwirkt und zur Entlastung der sozialen Sicherungssysteme beiträgt. Damit soll ein  
856 wichtiger Schritt dagegen gegangen werden, dass Unternehmen zu Lasten der  
857 Sozialkassen ihre Gewinne maximieren, indem den Beschäftigten keine existenzsichernden  
858 Löhne gezahlt werden und der Staat ergänzende Sozialleistungen zahlen muss. Wir werden  
859 die Einführung dieses Gesetzes gemeinsam mit den Gewerkschaften, den  
860 Arbeitgeberverbänden und Kammern beraten, um eine breite Akzeptanz und hohe  
861 Rechtssicherheit zu gewährleisten. Die Einführung eines Vergabegesetzes für alle  
862 öffentlichen Aufträge wäre eine erste Etappe auf dem Weg zu einem flächendeckenden  
863 existenzsichernden Mindestlohn.

864

865

### **Sachsen-Anhalt als attraktiver Arbeitgeber – 1.200 zusätzliche Neueinstellungen notwendig**

866

867

868 Ein gutes öffentliches Bildungswesen, die Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit und  
869 eine gute Verwaltung sind Voraussetzungen für die Teilhabe aller Menschen an der  
870 Gesellschaft. Dafür brauchen wir einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst.

871

872 Die Beschäftigten im Landesdienst Sachsen-Anhalt haben in den letzten 20 Jahren die  
873 öffentlichen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zuverlässig erfüllt. Nunmehr steht  
874 der Öffentliche Dienst vor entscheidenden Herausforderungen. Bis zum Jahr 2016 werden  
875 mehr als 11.000 berufserfahrene Fachkräfte den Landesdienst altersbedingt verlassen.  
876 Damit steht fest: Sachsen-Anhalt braucht in den kommenden Jahren eine große Anzahl gut  
877 ausgebildeter junger Menschen. DIE LINKE weiß, dass der Bedarf an jungen Fachkräften in  
878 vielen Bereichen weit höher sein wird, als Personen und auch materielle Ressourcen zur  
879 Verfügung stehen.

880

881 Die jetzige Landesregierung plant in den Jahren von 2011 bis 2016 rund 4.250  
882 Neueinstellungen. Diese Zahl wird nicht ausreichen, um die Leistungsfähigkeit des  
883 Öffentlichen Dienstes auf gutem Niveau aufrecht zu erhalten. Über viele Jahre gab es fast  
884 keine Neueinstellungen. Unter den derzeitigen demografischen, finanziellen und  
885 Wettbewerbsbedingungen ist dieses Defizit nicht kurzfristig auszugleichen. DIE LINKE will  
886 dennoch bis 2016 zusätzlich mindestens 1.200 Neueinstellungen realisieren.

887

888 Aktuell sind über 15.000 Lehrerinnen und Lehrer an den allgemein bildenden staatlichen  
889 Schulen im Dienst, fast 3.000 befinden sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Bis  
890 zum Schuljahr 2015/2016 werden über 5.000 erfahrene Pädagoginnen und Pädagogen  
891 aus Altersgründen den Schuldienst verlassen. Gemessen am derzeitigen Bedarf erwächst  
892 bis 2016 die Notwendigkeit, Lehrkräfte in der Größenordnung von über 3.000  
893 Vollzeitstellen neu einzustellen. Wenn wir Prioritäten richtig setzen und die Kapazitäten der  
894 Staatlichen Seminare und an den Universitäten zügig ausbauen, könnten wir aus eigener  
895 Kraft 1.700 davon realisieren können. Darüber hinaus bedarf es weiteren pädagogischen  
896 Fachpersonals.

897

898 Bis zum Jahr 2016 verlassen über 1.770 Beamte den Polizeivollzugsdienst. Bei der  
899 derzeitigen Ausbildungskapazität werden im gleichen Zeitraum nur rund 900 junge  
900 Polizistinnen und Polizisten nachrücken. Unverzüglich muss deshalb damit begonnen  
901 werden, die Ausbildungskapazität schrittweise auf 300 Plätze pro Jahrgang zu erhöhen. Ab

902 2014 sind weitere Kapazitäten zu erschließen, um die noch steigende Anzahl der  
903 Altersabgänge bis 2020 wenigstens teilweise kompensieren zu können.

904

905 Unsere Hochschulen sind attraktiv. Die Zahl der Studierenden wird auch in den  
906 kommenden Jahren voraussichtlich nicht deutlich unter 50.000 sinken. Aktuell studieren  
907 52.000 junge Menschen in Sachsen-Anhalt. Damit liegt die Zahl der Studierenden um ca.  
908 10.000 über der Kapazität, die für das jetzt existierende Hochschulpersonal berechnet  
909 wurde. Deshalb ist es absolut unrealistisch, in der nächsten Legislaturperiode von einer  
910 Personalreduzierung in diesem Bereich auszugehen.

911

912 Weitere inhaltliche und strukturelle Überlegungen zur Personalentwicklung sind in jedem  
913 Ressort unabdingbar. DIE LINKE strebt die Übernahme aller an, die erfolgreich eine  
914 Ausbildung im Landesdienst abgeschlossen haben. Sie sollen eine Perspektive haben, sei  
915 es im Allgemeinen Verwaltungsdienst oder in einer spezialfachlichen Richtung. Für einen  
916 Wettbewerb mit anderen Ländern und der freien Wirtschaft um kluge Köpfe ist der  
917 Öffentliche Dienst auf Landesebene derzeit schlecht aufgestellt. Deshalb muss Sachsen-  
918 Anhalt für die Beschäftigten und für junge Fachkräfte ein attraktiver Arbeitgeber werden.

919

920

921

### **Öffentlich geförderte Beschäftigung mit Mindestlohn**

922

923 Die LINKE setzt sich für ein neues Leitbild in der Arbeitsmarktpolitik ein, das darauf  
924 gerichtet ist, die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit zu beseitigen und die Erwerbslosigkeit  
925 zu senken. Wir wollen den Einstieg in den Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit  
926 Mindestlohn verwirklichen, um die soziale Integration der Betroffenen und ihre  
927 gesellschaftliche Teilhabe wiederherzustellen und zu sichern. Wir wollen gesellschaftlich  
928 sinnvolle und notwendige Arbeit in Bereichen ermöglichen, die von der privaten Wirtschaft  
929 nicht abgedeckt werden, weil die öffentliche Hand keine Finanzierungsspielräume hat oder  
930 die Wirtschaft davon nicht profitiert.

931

932 DIE LINKE will in der kommenden Legislatur 5.000 Arbeitsplätze im Öffentlich geförderten  
933 Beschäftigungssektor schaffen. Wir sehen Einsatzfelder im sozialen Bereich, in der  
934 Betreuung von Kindern und Jugendlichen, in der Landschaftspflege, im Freizeitsport, in der  
935 Unterstützung der Arbeit von Vereinen und im kulturellen Bereich.

936

937 Es wird ein Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor mit Arbeitsstellen installiert, die  
938 tariflich nicht unter einem Mindestlohn von 8,50 Euro vergütet werden. Die Beschäftigung  
939 soll an das Prinzip der Freiwilligkeit gebunden werden, ArbeitnehmerInnen sollen nicht  
940 zugewiesen werden. Es werden Beschäftigungsverhältnisse begründet, die außerhalb von  
941 Hartz-IV sozialversicherungspflichtig und langfristig bis zu einer Laufzeit von drei Jahren  
942 angelegt sind. Die Beschäftigung soll klar auf gemeinnützige Aufgaben beschränkt sein und  
943 darf keine Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt ersetzen. Dabei streben wir bei der  
944 Einführung des Projektes eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen, den Trägern  
945 sowie den ARGEN und Optionskommunen an

946

947 Wir wollen dabei dem Grundsatz folgen, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, und  
948 Chancen für Menschen eröffnen, die nur geringe Aussichten haben, eine Beschäftigung auf

949 dem ersten Arbeitsmarkt zu finden, und für die von längerfristigen Transferleistungen  
950 ausgegangen werden muss.

951

952

953

### **Vorrang für erneuerbare Energie**

954

955 DIE LINKE betrachtet Energie- und Klimaschutzpolitik als eine Einheit. Bei jeder  
956 energiepolitischen Entscheidung sind die klimarelevanten Aspekte umfassend mit  
957 einzubeziehen. Wir betrachten die dringend notwendige Steigerung der Energieeffizienz  
958 und das Energiesparen als Herausforderung für innovatives Denken und Handeln in jedem  
959 Bereich des gesellschaftlichen und privaten Lebens. Vorrang für erneuerbare Energien zu  
960 schaffen heißt, regionale Kreisläufe und dezentrale Lösungen verstärkt zu entwickeln und  
961 auszubauen.

962

963 DIE LINKE steht für die Festlegung konkreter Ziele für den Klimagasausstoß, den Ausbau  
964 der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz für das Jahr 2020. Wir  
965 wollen mit unserem Handeln eine Senkung der kraftwerkseitigen Kohlendioxidemissionen  
966 im Strom- und Wärmesektor um mindestens zehn Prozent gegenüber 2010 und eine  
967 Steigerung des Anteils von Strom- und Wärmebereitstellung aus erneuerbaren Energien  
968 auf mindestens 50 Prozent erreichen. Wir wollen in der kommenden Legislatur eine  
969 Energie- und Klimaschutz-Agentur im Land einrichten. Hier sollen diese Ziele überwacht,  
970 Beratung geleistet sowie Kommunikation, Vermittlung von Erfahrungen sowie  
971 Kooperationen gebündelt werden.

972

973 Neben dem Pilotprojekt Harz sollen weitere Projekte für virtuelle Kraftwerke und zur  
974 Stromspeicherung begonnen werden. Die Nutzung von Tagebaurestlöchern als mögliche  
975 Pumpspeicherreservoir ist zu prüfen. Ländliche, gering besiedelte Gebiete halten wir für  
976 besonders geeignet, um dezentrale Energiesysteme mit einem sehr hohen Grad der  
977 Eigenerzeugung zu realisieren.

978

979 Die Windenergie trägt den höchsten Anteil an erneuerbarer Energie. Als Flächenausbauziel  
980 für die Errichtung von Windkraftanlagen soll langfristig ein Prozent der Landesfläche  
981 festgeschrieben werden. Geeignete Flächen für Photovoltaik-Anlagen wollen wir in einem  
982 landesweiten Kataster erfassen und zur Nutzung öffentlich ausschreiben. Die energetische  
983 Biomassenutzung betrachten wir als Ergänzung der Nahrungsgüterproduktion, die auf der  
984 verstärkten Nutzung der Rest- und Abfallstoffe basiert. Die Nutzungsmöglichkeiten tiefer  
985 Geothermie sollen durch das Land geprüft und ihre Anwendung gegebenenfalls vorbereitet  
986 werden.

987

988 Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz nicht nur für  
989 Neubauten, sondern auch für auch für Bestandsbauten wirksam wird. Wir wollen solche  
990 Rahmenbedingungen schaffen, dass der Umbau der Leitungsnetzstruktur entsprechend  
991 den Erfordernissen der erneuerbaren Energien vorgenommen wird.

992

993

994

### **Entwicklung der ländlichen Räume**

995

996 DIE LINKE will den Anbau, die Verarbeitung und die regionale Vermarktung  
997 landwirtschaftlicher Erzeugnisse für die Ernährungswirtschaft mit besonderer Priorität  
998 fördern. Es geht uns um die Entwicklung der ländlichen Räume durch die Stärkung der  
999 Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft auf der Grundlage regionaler Wirtschafts- und  
1000 Stoffkreisläufe sowie einer ökologisch und bedarfsgerecht ausgerichteten Produktion.

1001

1002 Die Produktion, Vermarktung und vorwiegend eigenbetriebliche sowie regionale Nutzung  
1003 von nachwachsenden Rohstoffen und Energieträgern sowie Abprodukten der land- und  
1004 forstwirtschaftlichen Produktion soll zielgerichtet für die Schaffung weiterer Existenzen  
1005 und Arbeitsplätze im ländlichen Raum genutzt werden. Die Stellung der Landwirte am  
1006 Markt muss gestärkt werden, um der Marktmacht der Nahrungsgüterkonzerne und  
1007 Handelsketten entgegenzuwirken. Dazu wollen wir die Förderung regionaler Verarbeitungs-  
1008 und Vermarktungsstandorte gezielt entwickeln. Eine zunehmende Konzentrationen im  
1009 Bereich der Produktion und Verarbeitung halten wir für kontraproduktiv gegenüber der  
1010 regionalen Entwicklung. Die Genehmigungsverfahren hinsichtlich zugelassener  
1011 Betriebsgrößen und Auswirkungen auf die lokalen Unternehmen müssen überprüft werden.

1012

1013 Wir stehen für die Stärkung der Direktvermarktung in der Land-, Forst und  
1014 Nahrungsgüterwirtschaft Sachsen-Anhalts unter Beachtung einer standortgerechten  
1015 Produktion, Förderung von Kooperationen und der Zusammenarbeit der Direktvermarkter  
1016 vor Ort.

1017

1018 Die Förderung des Anbaus und der regionalen Verarbeitung von nachwachsenden  
1019 Rohstoffen und Energieträgern sowie von Abprodukten der land- und forstwirtschaftlichen  
1020 Produktion betrachten wir als wesentliche Grundlage zur Sicherung der Rohstoffbasis der  
1021 einheimischen Wirtschaft.

1022

1023 Zum Schutz des Waldes als wesentlichem Bestandteil der uns umgebenden Natur und für  
1024 eine nachhaltige Bewirtschaftung favorisieren wir eine integrierte Forstwirtschaft.

1025

1026 Sanfter Tourismus im ländlichen Raum ist durch das Bewahren und den Schutz einer  
1027 intakten Natur und Kulturlandschaft sowie durch ein regionales bzw. ortsspezifisches  
1028 Angebot von Produkten und Leistungen aus der Land- und Ernährungswirtschaft und  
1029 anderen Bereichen des ländlichen Raumes zu gestalten.

1030

1031 Wir setzen uns dafür ein, dass ein Landeskompetenzzentrum für ländliche Räume gebildet  
1032 wird, das vorrangig der Vermittlung von Erfahrungen und der gezielten Beratung der  
1033 Akteure vor Ort für die regionale Entwicklung dient.

## 1034 IV. Demokratie stärken – Bürgerrechte schützen

1035

1036

1037

1038

1039

### **Öffentliche Sicherheit und die Wahrung der Grundrechte gehören zusammen**

1040

1041

1042

1043

1044

1045

1046

1047

1048

1049

1050

1051

1052

In den letzten Jahren wurde die Sorge der Menschen um die öffentliche Sicherheit oftmals dazu benutzt, Grund- und Freiheitsrechte massiv einzuschränken. Damit wollte man die Menschen glauben machen, dass dies der richtige Weg sei, ihre Sicherheit zu garantieren. Insbesondere wenden wir uns gegen die Informations-Sammelwut der CDU-geführten Bundesregierungen der letzten Jahre. Ein mündiger Bürger ist nur derjenige, der weiß, was der Staat oder auch der private Arbeitgeber über ihn weiß. Diese Grundlage des demokratischen Rechtsstaates wird jedoch permanent ausgehöhlt. Deswegen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass Recht der informationellen Selbstbestimmung sowohl gegenüber dem Staat als auch gegenüber dem Arbeitgeber deutlich zu stärken. Dies betrifft auch das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Land Sachsen-Anhalt. Polizeiliche Eingriffsbefugnisse müssen dann in Frage gestellt werden, wenn der Eingriff in die Grundrechte, der damit verbunden ist, nicht gerechtfertigt ist.

1053

1054

1055

1056

1057

1058

1059

1060

1061

DIE LINKE setzt sich für eine flächendeckende Polizeipräsenz und gegen eine flächendeckende Videoüberwachung ein, die die öffentliche Sicherheit nicht garantiert, aber das Gefühl der permanenten Überwachung vermittelt. Um statt Videokameras Polizistinnen und Polizisten auf der Straße zu haben, brauchen wir neben der Erhöhung von Ausbildungskapazitäten auch die Optimierung polizeilicher Strukturen, um die Effizienz des Polizeivollzuges zu sichern. Revierpolizistinnen und -polizisten sowie Polizeikontaktbeamte als unmittelbare Ansprechpartner erhöhen das objektive und subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen und beugen Straftaten vor.

1062

1063

1064

1065

1066

1067

DIE LINKE sieht in der Ausweitung der Rasterfahndung eine Bedrohung der rechtsstaatlichen Unschuldsvermutung. Deshalb betrachten wir dieses Instrument nur als Ultima Ratio wirklicher Ausnahmesituationen. Wir fordern mindestens ihre richterliche Anordnung und eine wirkliche Abwägung des potenziellen Nutzens einerseits und der Einschränkung von Freiheitsrechten andererseits.

1068

1069

1070

1071

1072

Aus unserer Sicht schränkt das aktuelle Versammlungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit unzulässig ein. Aus diesem Grund ist eine Änderung dieses Gesetzes mit dem Ziel der Aufhebung des festgeschriebenen Versammlungsverbot an bestimmten Tagen und Orten unabdingbar.

1073

1074

1075

1076

1077

1078

1079

1080

1081

Wir setzen uns für die Kennzeichnungspflicht uniformierter Polizeibeamter im Dienst ein. DIE LINKE unterstützt die Einrichtung einer Beschwerdestelle Polizei außerhalb des klassischen Dienstweges, räumlich und personell getrennt vom Innenministerium. Sie soll sowohl für Angehörige der Polizei offen stehen als auch Ansprechstelle für Bürgerinnen und Bürger sein.

1082  
1083  
1084  
1085  
1086  
1087  
1088  
1089  
1090  
1091  
1092  
1093  
1094  
1095  
1096  
1097  
1098  
1099  
1100  
1101  
1102  
1103  
1104  
1105  
1106  
1107  
1108  
1109  
1110  
1111  
1112  
1113  
1114  
1115  
1116  
1117  
1118  
1119  
1120  
1121  
1122  
1123  
1124  
1125  
1126  
1127  
1128  
1129

**Integration statt Ausgrenzung –  
Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten**

Die Verfassungen – im Land und im Bund – garantieren allen Menschen die Unantastbarkeit ihrer Würde. Dennoch gibt es erhebliche Unterschiede in der Praxis und alltäglichen Lebenswelt. Demokratie darf nicht nur Theorie bleiben, sondern muss praktisch erlebt werden können.

Menschen, die nach Deutschland geflüchtet sind, um hier Sicherheit und Perspektive zu finden, sind weitreichenden gesetzlichen Beschränkungen unterworfen. Diese Einschränkungen verstärken die Diskriminierungen, mit denen Ausländerinnen und Ausländer konfrontiert sind. Das Landesaufnahmegesetz schreibt Flüchtlingen die Unterbringung in Sammelunterkünften vor. Diese Unterkünfte isolieren Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten in den meisten Fällen in Gebieten mit schlechter Infrastruktur und bedenklicher Sicherheitslage. Die so genannte Residenzpflicht untersagt zudem Menschen im Status des Asylverfahrens oder der Duldung, den ihnen zugewiesenen Landkreis zu verlassen. Verlassenserteilungen, um dies doch zu tun, sind bisher meist gebührenpflichtig. Verstöße gegen die Residenzpflicht haben im Wiederholungsfall strafrechtliche Konsequenzen.

Die LINKE lehnt ein Strafrecht ab, das nur Nichtdeutsche treffen kann. Die entsprechenden Personenkontrollen auf Bahnhöfen und Flughäfen sind eindeutig mit optischen Merkmalen verknüpft. Soziale Ausgrenzung darf nicht noch durch politische Ausgrenzung sekundiert werden. Im Einklang mit bundesweiten Initiativen fordern wir das Ende der Residenzpflicht. Wir streben eine Veränderung der Bundesgesetzgebung an. Bis zu dieser Möglichkeit setzen wir uns für jede praktische Verbesserungen ein, für die prinzipielle Gebührenfreiheit und die Genehmigung von Sammelerteilungen für die wiederholte Möglichkeit, sich innerhalb Sachsen-Anhalts und Deutschlands frei zu bewegen. Integration von Menschen setzt voraus, dass diese selbstverständlicher und gleichberechtigter Teil einer Gesellschaft sind. Im Landesaufnahmegesetz muss der Vorrang der Sammelunterbringung zugunsten der Unterbringung in Wohnungen gestrichen werden. Da dies in der Regel wirtschaftlicher ist, kommt es hier allein auf den politischen Willen an.

Für Menschen mit jahrelangen Kettenduldungen wurde 2009 die „Aufenthaltserlaubnis auf Probe“ um weitere zwei Jahre verlängert. Die Regelung schließt aber durch die Stichtagsregelung (1. Juli 1999) Flüchtlinge aus, die erst danach nach Deutschland geflohen sind. Wir fordern die Abschaffung der Dauerduldung, damit Asylbewerberinnen und Asylbewerber nicht in der ständigen Angst leben müssen, aus ihrer derzeitigen Heimat abgeschoben zu werden.

Sachsen-Anhalt ist seit Jahren Schwerpunktregion rechter Gewalt. Alltagsrassismus, Antisemitismus, Hass auf politische oder vermeintliche Gegner, Großmacht- und Kontrollfantasien bedrohen Menschen in ganz unterschiedlichen Situationen. Auch in unserem Bundesland arbeitet die parteiungebundene extreme Rechte mit der NPD zusammen und versucht, öffentlichkeitswirksam zu agieren. Gleichwohl ist die Sensibilisierung für diese Probleme gestiegen und viele Menschen engagieren sich gegen rechte Umtriebe, z. B. in Bürgerbündnissen, Schulinitiativen und in der Stadtteilarbeit. Das von der Landesregierung initiierte Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-

1130 Anhalt umfasst mittlerweile rund 230 Projektpartner. Der Beratungsbedarf von  
1131 kommunalen, zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren durch Fachträger,  
1132 Expertinnen und Experten ist hoch. Hilfen für Opfer rechter Gewalt werden flächendeckend  
1133 in allen Regionen in Sachsen-Anhalt benötigt, Beratungsstellen müssen ausgebaut werden.  
1134 Bundesprogramme wie „Vielfalt tut gut“ sicherten zusammen mit Landesmitteln die  
1135 bisherige Arbeit finanziell und organisatorisch ab. Mit dem Auslaufen der Förderphase  
1136 2007 bis 2011 ist die Weiterführung und Ausweitung der Beratungsnetzwerke, der Lokalen  
1137 Aktionspläne und der pädagogischen Modellprojekte bundesweit wieder im Ungewissen.  
1138 Statt den Trägern Planungssicherheit zu verschaffen, irritiert seit Monaten eine  
1139 parteipolitisch motivierte Extremismuskussion mit entsprechenden  
1140 Förderentscheidungen die Öffentlichkeit. DIE LINKE will mit einem Landesprogramm für  
1141 ein demokratisches Gemeinwesen diese wichtige und anspruchsvolle Arbeit dauerhaft  
1142 sichern und die Verantwortlichkeit des Landes einfordern. Der Bund bleibt dennoch  
1143 unerlässlich in der Pflicht, die vielfältige Arbeit gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus  
1144 und Fremdenfeindlichkeit zu unterstützen und zu begleiten.

## 1145 V. Demokratisierung der Haushaltspolitik – mit 1146 Verschuldung verantwortungsbewusst umgehen

1147  
1148

1149 Für DIE LINKE sind stabile öffentliche Haushalte eine wichtige politische Zielgröße.  
1150 Angesichts der tief greifenden Finanz- und Wirtschaftskrise verbunden mit zusätzlichen  
1151 politisch gewollten Einnahmeverlusten der öffentlichen Haushalte ist dieses Ziel eine große  
1152 Herausforderung und nicht von einem Land allein zu leisten. Die entscheidenden  
1153 Weichenstellungen müssen auf Bundesebene passieren. Und doch muss auch auf  
1154 Landesebene ein Haushalt erarbeitet werden, der sich nicht aus der sozialen  
1155 Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger stiehlt und sich darüber hinaus einer  
1156 weitgehenden Verantwortung für die Kommunen stellt. Wegen sinkender Einnahmen wird  
1157 es auch künftig ein Schwerpunkt der Arbeit der LINKEN sein, mit größtmöglicher  
1158 Transparenz und unter breiter öffentlicher Debatte die Aufgaben des Staates  
1159 herauszuarbeiten, die für die Bürgerinnen und Bürger erfüllt werden müssen und welcher  
1160 Preis dafür zu zahlen ist.

1161

1162 Immer wieder müssen wir alle Aufgaben des Haushaltes einer radikalen und kritischen  
1163 Überprüfung unterziehen. Nachhaltigkeit muss ein entscheidendes Kriterium für  
1164 Investitionen und die Vergabe von Fördermitteln sein. Auf den Prüfstand müssen auch die  
1165 Landesbeteiligungen und die Landesbetriebe.

1166

1167 DIE LINKE hat sich wiederholt für eine Demokratisierung von Haushaltspolitik eingesetzt.  
1168 Mit dem Landeshaushalt wird über die Belange vieler Menschen, von Kommunen,  
1169 Institutionen, Vereinen und Verbänden entschieden. Darum ist es notwendig, dass diese  
1170 Entscheidungen mit ihnen erarbeitet werden, auch wenn nicht alle Wünsche erfüllt werden  
1171 können. Ein Grundansatz unserer Politik war und ist, Entscheidungen möglichst weit nach  
1172 unten zu verlagern, Aufgaben die vor Ort erfüllt werden können, sollen auch dort erfüllt  
1173 werden. Aus der letzten, gescheiterten Funktionalreform wissen wir, dass man dazu einen  
1174 langen Atem braucht und vor allem Partner in der Verwaltung im Land aber auch in den  
1175 Kommunen.

1176

1177 Auch als LINKE können wir das Problem der Verschuldung des Landes und seiner  
1178 Kommunen nicht ignorieren. Einerseits wurde uns durch die Föderalismuskommission II  
1179 ein Verbot der Nettoneuverschuldung bei gleichzeitigem Abbau der Schulden durch eine  
1180 entsprechende Änderung des Grundgesetzes aufgezwungen. Damit wurde sowohl den  
1181 Landespolitikern abgesprochen, dass sie verantwortungsbewusst mit den Steuergeldern  
1182 der Bürgerinnen und Bürger umgehen, als auch der Politik jeglicher Gestaltungsraum  
1183 genommen. Andererseits beschränken auch die Schulden selbst den Spielraum von Land  
1184 und Kommunen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat sich wiederholt mit dieser Problematik  
1185 auseinandergesetzt und letztlich zu dem Grundsatz bekannt, dass um  
1186 Haushaltskonsolidierung und Haushaltsgestaltung im Sinne von Strukturentwicklung und  
1187 von Stabilität des Landes in Zeiten der Krise eine moderate Schuldenaufnahme zu  
1188 verantworten ist. Die dadurch zur Verfügung stehenden Mittel sollten aber auf der  
1189 Grundlage klarer Kriterien wie Zukunftsfähigkeit, Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und  
1190 Innovation und Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt werden.